

Transaktionsschwäche kippt das Gleichgewicht der Kräfte

Ein wirtschaftliches Re-Balancing in den USA steht bevor. Putin hat Recht: Die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit ist vorbei.

31.03.2025 | Alastair Crooke

Das geopolitische Ergebnis der Nachkriegszeit hat die globale Wirtschaftsstruktur der Nachkriegszeit maßgeblich bestimmt. Beide sind nun einem gewaltigen Wandel unterworfen. Was sich jedoch hartnäckig hält, ist die allgemeine westliche Weltanschauung, dass sich alles ändern muss, nur damit es so bleibt wie es ist. Finanziell wird alles so weitergehen wie bisher; der Schlummer soll nicht gestört werden. Man geht davon aus, dass die Klasse der Oligarchen/Geldgeber dafür sorgen wird, dass alles so bleibt, wie es ist.

Die Machtverteilung der Nachkriegszeit war jedoch einzigartig. Daran ist nichts „ewig“, nichts von Natur aus Dauerhaftes.

Auf einer kürzlich abgehaltenen [Konferenz](#) russischer Industrieller und Unternehmer wies Präsident Putin sowohl auf den globalen Bruch hin als auch auf eine alternative Vision, die wahrscheinlich von den BRICS und vielen anderen Ländern übernommen werden wird. Seine Rede war, metaphorisch gesprochen, das finanzielle Gegenstück zu seiner Rede auf dem Münchner Sicherheitsforum 2007, in der er die militärische Herausforderung durch die „kollektive NATO“ akzeptierte.

Putin deutet nun an, dass Russland die Herausforderung durch die Nachkriegsfinanzordnung angenommen hat. Russland hat sich gegen den Finanzkrieg gewehrt und setzt sich auch in diesem Krieg durch.

Putins Ansprache in der vergangenen Woche war in gewisser Weise nichts wirklich Neues: Sie spiegelte die klassische Doktrin des früheren Premierministers Jewgeni Primakow wider. Primakow war kein Romantiker, was den Westen betraf, sondern verstand, dass dessen hegemoniale Weltordnung Russland immer als Untergebenen behandeln würde. Daher schlug er ein anderes Modell vor – die multipolare Ordnung, in der Moskau ein Gleichgewicht zwischen den Machtblöcken herstellt, sich ihnen aber nicht anschließt.

Im Kern ging es bei der Primakow-Doktrin um die Vermeidung binärer Ausrichtungen, die Wahrung der Souveränität, die Pflege der Beziehungen zu anderen Großmächten und die Ablehnung einer Ideologie zugunsten einer russischen nationalistischen Vision.

Die heutigen Verhandlungen mit Washington (bei denen es jetzt nur noch um die Ukraine geht) spiegeln diese Logik wider. Russland bittet nicht um eine Lockerung der Sanktionen oder droht mit etwas Konkretem. Es zögert strategisch: Es wartet Wahlzyklen ab, testet die Einigkeit des Westens und hält sich alle Türen offen. Doch Putin ist auch nicht abgeneigt, selbst ein wenig Druck auszuüben – das Zeitfenster für die Anerkennung der russischen Souveränität über die vier östlichen Oblaste ist nicht ewig: „Dieser Punkt kann sich auch verschieben“, sagte er.

Es ist nicht Russland, das die Verhandlungen vorantreibt, ganz im Gegenteil - es ist Trump, der die Verhandlungen vorantreibt. Und warum? Es scheint eine Anspielung auf die amerikanische Anhänglichkeit an Kissingers Triangulationsstrategie zu sein: Russland unterordnen, den Iran abtrennen und dann Russland von China separieren. Bieten Sie Russland Zuckerbrot und drohen Sie mit der Peitsche, und sobald es auf diese Weise unterworfen ist, könnte Russland vom Iran losgelöst werden – damit wären alle russischen Hindernisse für einen Angriff der Achse Israel-Washington auf den Iran beseitigt.

Wäre Primakow hier, würde er wahrscheinlich davor warnen, dass Trumps „große Strategie“ darin besteht, Russland schnell in einen untergeordneten Status zu bringen, damit Trump die israelische Normalisierung des gesamten Nahen Ostens fortsetzen kann.

Witkoff hat Trumps Strategie sehr deutlich gemacht:

Der nächste Punkt ist: Wir müssen uns mit dem Iran befassen. Er ist ein Wohltäter von Stellvertreterarmeen, aber wenn wir diese Terrororganisationen als Risiko ausschalten können, dann werden wir uns überall normalisieren. Ich denke, der Libanon könnte sich mit Israel normalisieren, das ist wirklich möglich. Syrien auch, vielleicht ist Jolani in Syrien [jetzt] ein anderer Typ. Sie haben den Iran vertrieben. Stellen Sie sich vor, wenn der Libanon, Syrien und die Saudis einen Normalisierungsvertrag mit Israel unterzeichnen ... Ich meine, das wäre episch!

US-Beamte sagen, die Frist für eine Iran-Entscheidung läuft im Frühjahr ab.

Und da Russland auf den Status eines Bittstellers reduziert und der Iran (in dieser phantastischen Vorstellung) erledigt ist, kann sich das Team Trump dem Hauptgegner zuwenden – China.

Putin versteht das natürlich sehr gut und hat alle derartigen Illusionen gebührend entlarvt:

Sanktionen und Restriktionen sind die heutige Realität – zusammen mit einer neuen Spirale der wirtschaftlichen Rivalität, die bereits in Gang gesetzt wurde. Machen Sie sich keine Illusionen: Es gibt nichts jenseits dieser Realität.

Sanktionen sind weder vorübergehende noch gezielte Maßnahmen; sie stellen einen Mechanismus des systemischen, strategischen Drucks auf unser Land dar. Unabhängig von globalen Entwicklungen oder Verschiebungen in der internationalen Ordnung werden unsere Konkurrenten ständig versuchen, Russland zu behindern und seine wirtschaftlichen und technologischen Kapazitäten zu schwächen.

Sie sollten nicht auf völlige Freiheit des Handels, des Zahlungsverkehrs und des Kapitaltransfers hoffen. Sie sollten sich nicht auf westliche Mechanismen zum Schutz der Rechte von Investoren und Unternehmern verlassen ... Ich spreche nicht von irgendwelchen Rechtssystemen – die gibt es einfach nicht! Sie existieren dort nur für sich selbst! Das ist der Trick. Verstehen Sie das?

Unsere [russischen] Herausforderungen gibt es, ja – aber die ihren sind auch zahlreich. Die westliche Vorherrschaft entgleitet. Neue Zentren des globalen Wachstums rücken in den Mittelpunkt.

Diese [Herausforderungen] seien nicht das Problem, sondern die Chance, so Putin:

Wir werden der heimischen Produktion und der Entwicklung von Technologieindustrien Priorität einräumen. Das alte Modell ist vorbei. Die Öl- und Gasförderung wird nur noch ein Anhängsel einer weitgehend intern zirkulierenden, autarken Realwirtschaft sein, deren Motor nicht mehr die Energie ist. Wir sind offen für westliche Investitionen – aber nur zu unseren Bedingungen – und der kleine offene Sektor unserer ansonsten geschlossenen Wirtschaft wird natürlich weiterhin mit unseren BRICS-Partnern Handel treiben.

Was Putin tatsächlich skizzierte, ist die Rückkehr zum überwiegend geschlossenen Binnenwirtschaftsmodell der deutschen Schule (à la Friedrich List) und des russischen Ministerpräsidenten Sergej Witte.

Nur um das klarzustellen: Putin hat nicht nur erklärt, wie sich Russland in eine sanktionsresistente Wirtschaft verwandelt hat, die den offensichtlichen Verlockungen des Westens ebenso wenig nachgeben kann wie seinen Drohungen. Er stellte das westliche Wirtschaftsmodell grundsätzlicher in Frage.

Friedrich List war von Anfang an misstrauisch gegenüber dem Denken von Adam Smith, das die Grundlage des „englischen Modells“ bildete. List warnte davor, dass es sich letztlich selbst zerstören würde; es würde das System von der Schaffung von Wohlstand ablenken und es letztlich unmöglich machen, so viel zu konsumieren oder so viele Menschen zu beschäftigen.

Eine solche Verlagerung des Wirtschaftsmodells hat tiefgreifende Folgen: Sie untergräbt die Gesamtheit der transaktionalen „Art of the Deal“-Diplomatie¹, auf die sich Trump verlässt. Sie deckt die Schwächen der Transaktion auf. Putin sagte:

Ihre Verlockung der Aufhebung der Sanktionen und die anderen Anreize westlicher Investitionen und Technologie bedeuten jetzt nichts mehr, denn wir werden diese Dinge von nun an akzeptieren – nur zu unseren Bedingungen. Auch ihre Drohungen mit weiteren Sanktionen haben kein Gewicht, denn ihre Sanktionen haben uns den Weg zu unserem neuen Wirtschaftsmodell geebnet.

Mit anderen Worten: Ob es um die Ukraine geht oder um die Beziehungen zu China und dem Iran, Russland kann [weitgehend unempfindlich](#) gegenüber den Schmeicheleien der USA sein (abgesehen von der für beide Seiten zerstörerischen Drohung eines Dritten Weltkriegs). Moskau kann sich in Bezug auf die Ukraine Zeit lassen und andere Fragen nach einer reinen Kosten-Nutzen-Analyse abwägen. Es kann erkennen, dass die USA kein wirkliches Druckmittel haben.

Das große Paradoxe daran ist jedoch, dass List und Witte Recht hatten – und Adam Smith Unrecht. Denn jetzt haben die USA entdeckt, dass sich das englische Modell tatsächlich als selbstzerstörerisch erwiesen hat.

Zwei wichtige Schlussfolgerungen

Die USA sind zu zwei wichtigen Schlussfolgerungen gezwungen worden:

1 Trump betreibt eine sogenannte transaktionale Außenpolitik, bei der die USA ihr Engagement in einer Weltgegend von raschen Vorteilen für sich selbst abhängig machen.

Erstens, dass das Haushaltsdefizit in Verbindung mit der explodierenden Bundesverschuldung den „Ressourcenfluch“² endgültig auf die USA zurückgeworfen hat.

Als Hüter der globalen Reservewährung – und wie JD Vance ausdrücklich sagte – hat dies zwangsläufig dazu geführt, dass Amerikas wichtigstes Exportgut der US-Dollar wurde. Im weiteren Sinne bedeutet dies, dass der starke Dollar (gestützt durch eine weltweite synthetische Nachfrage nach der Reservewährung) Amerikas reale Wirtschaft – seine Produktionsbasis – ausgehöhlt hat.

Dies ist die „holländische Krankheit“, bei der eine Währungsaufwertung die Entwicklung produktiver Exportsektoren unterdrückt und die Politik in einen Nullsummenkonflikt um Ressourcenrenten verwandelt.

Bei einer Senatsanhörung mit Jerome Powell, dem Vorsitzenden der Federal Reserve, im letzten Jahr [fragte Vance](#) den Vorsitzenden der Fed, ob der Status des US-Dollars als globale Reservewährung nicht auch Nachteile haben könnte. Vance zog Parallelen zum klassischen Ressourcenfluch und meinte, die globale Rolle des Dollars trage zur Finanzialisierung auf Kosten von Investitionen in die Realwirtschaft bei: Das angloamerikanische Modell führt dazu, dass sich Volkswirtschaften auf ihren reichlich vorhandenen Faktor überspezialisieren, seien es natürliche Ressourcen, Niedriglohnarbeit oder finanzierte Vermögenswerte.

Der zweite Punkt – im Zusammenhang mit der Sicherheit – ist ein Thema, auf das das Pentagon seit etwa zehn Jahren hinweist: Die Reservewährung und der folglich starke Dollar haben viele militärische Versorgungslinien der USA nach China verdrängt. Das Pentagon argumentiert, dass es für die USA keinen Sinn macht, von chinesischen Zulieferern abhängig zu sein, die die Vorprodukte für die vom US-Militär hergestellten Waffen liefern, mit denen es dann China bekämpfen würde.

Die US-Regierung hat zwei Antworten auf dieses Problem: Erstens ein multilaterales Abkommen (nach dem Vorbild des Plaza-Abkommens von 1985), um den Wert des Dollars zu schwächen und damit den Wert der Währungen der Partnerstaaten pari passu (gleichrangig) zu erhöhen. Dies ist die Option des [Mar-a-Lago-Abkommens](#). Die Lösung der USA besteht darin, den Rest der Welt zu zwingen, ihre Währungen aufzuwerten, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte zu verbessern.

Der Mechanismus zur Erreichung dieser Ziele besteht darin, den Handels- und Investitionspartnern mit Zöllen und dem Rückzug des amerikanischen Sicherheitsschirms zu drohen. Darüber hinaus sieht der Plan die Möglichkeit vor, die US-Goldreserven aufzuwerten – ein Schritt, der die Bewertung des Dollars, der US-Schulden und der ausländischen Bestände an US-Staatsanleihen negativ beeinflussen würde.

Die zweite Option ist der unilaterale Ansatz: Beim unilateralen Ansatz würde eine „Benutzungsgebühr“ auf offizielle ausländische Bestände an US-Schatzpapieren erhoben, um die Besitzer aus dem Dollar zu vertreiben – und ihn damit zu schwächen.

2 Beim „[Ressourcenfluch](#)“ handelt es sich um folgendes Paradox: Ressourcenreiche Staaten scheinen wirtschaftlich langsamer zu wachsen als ressourcenarme Länder. Intuitiv würde man dagegen vielmehr einen Vorteil durch die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen erwarten. Als Erklärungsversuch galt in der Vergangenheit u. a. ein Verdrängungseffekt: durch die Fokussierung auf den Rohstoffexport, würden Investitionen in Sektoren, die das Wachstum eines Staates langfristig treiben und Arbeitsplätze schaffen, vernachlässigt.

Nun, das ist doch offensichtlich, oder nicht? Eine wirtschaftliche Neugewichtung („Re-Balancing“) in den USA steht bevor. Putin hat Recht. Die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit ist vorbei.

Werden das Geschrei und die Androhung von Sanktionen die großen Staaten dazu zwingen, ihre Währungen zu stärken und eine Umschuldung der USA (d.h. Abschläge auf ihre Anleihen) zu akzeptieren? Das scheint unwahrscheinlich.

Die Neuordnung der Währungen im Rahmen der Plaza-Vereinbarung hing von der Zusammenarbeit der großen Staaten ab, ohne die einseitige Maßnahmen unangenehm werden können.

Wer ist die schwächere Partei? Wer hat jetzt den größeren Einfluss auf das Gleichgewicht der Kräfte? Putin hat diese Frage am 18. März 2025 beantwortet.